

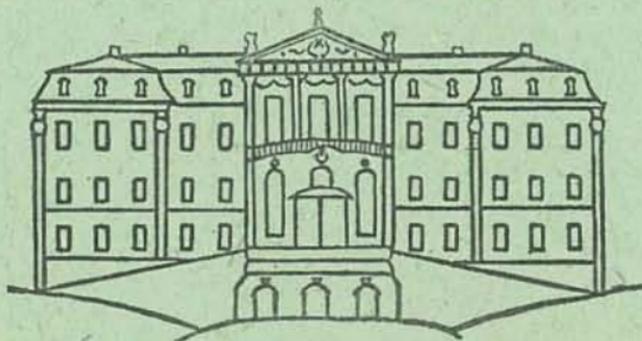
Hefte aus Burgscheidungen

---

Gerald Götting

**Pastor Martin Niemöller**

Kämpfer gegen den Faschismus —  
Kämpfer für den Frieden



221

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Gerald Götting

**Pastor Martin Niemöller**

Kämpfer gegen den Faschismus —  
Kämpfer für den Frieden

1984

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

In den späten Nachmittagsstunden des 6. März 1984 ist Pastor Martin Niemöller, unser guter Freund, im gesegneten Alter von 92 Jahren verstorben. Gemeinsam mit den Freunden des Friedens in aller Welt betrauern wir christlichen Demokraten in Martin Niemöller einen Mann, der seit Jahrzehnten als Christ seine ganze Kraft dafür eingesetzt hat, daß die Völker und die Staaten friedlich zusammenleben können. Wir verehren in ihm einen Mann der Kirche, der seit der unheilvollen Zeit des Faschismus bis in unsere Tage hinein ein weithin sichtbares Beispiel dafür gegeben hat, wie christliches Bekenntnis bezeugt und gelebt werden muß. Mit Martin Niemöller habe ich einen Freund verloren, der mir nahestand und mit dem ich über viele Jahre hinweg in guter Kameradschaft für die uns einenden Ziele des Friedens und der Völkerfreundschaft zusammengearbeitet habe.

#### *„Vom U-Boot zur Kanzel“*

Martin Niemöllers langer Lebensweg ist ein Beispiel dafür, wie Christen, die mit dem Evangelium ernst machen, in unserem Jahrhundert des großen gesellschaftlichen Umbruchs sich zu wandeln vermögen und sich dabei im tiefsten Innern, im Kern ihres Wesens treu bleiben. Geboren wurde Martin Niemöller als Sohn eines evangelischen Pfarrers am 14. Januar 1892 im westfälischen Lippstadt — einem Städtchen, das 45 Jahre später, im August 1937, als Tagungsort der 5. Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union in die Geschichte des Kirchenkampfes gegen das Nazi-regime eingehen sollte. Für die Atmosphäre in Niemöllers Vaterhaus und ebenso für die Erziehung des Gymnasiasten Martin Niemöller in Elberfeld, wohin seine Familie im Jahre 1900 übersiedelte, war eine streng konservative, ja ausgesprochen deutschnationale Gesinnung kennzeichnend. Kirche galt in diesen Kreisen als eine Ordnungsmacht des wilhelminischen Deutschland, und eine kaisertreue Denkweise war selbstverständlich. Ganz auf dieser Linie lag es, daß der junge Martin sich nach dem Abitur für die Laufbahn des Marineoffiziers entschied.

Während des ersten Weltkriegs kreuzte Niemöller als Offizier auf Unterseebooten und schließlich als U-Boot-Kommandant der kaiserlichen Marine die Weltmeere. Bei späterer Gelegenheit hat er einmal davon berichtet, daß er 1917, als er mit der „U 151“ vor dem Hafen von Dakar lag, beinahe das französische Schiff torpediert hätte, das den Tropenarzt Albert Schweitzer und dessen Frau in ein Zivilinternier-

tenlager nach Frankreich brachte. Nun aber – so fügte er hinzu – sei er Gott dankbar dafür, daß er das nicht getan und damit einen Weggefährten in der Arbeit für den Frieden am Leben erhalten habe.

Liest man Niemöllers Selbstbiographie, die 1934 in Berlin unter dem Titel „Vom U-Boot zur Kanzel“ erschienen ist, so spürt man deutlich, mit welchem Stolz der Verfasser noch zu diesem Zeitpunkt auf jene Jahre des U-Boot-Krieges zurückblickte und wie sehr ihn die Niederlage des kaiserlichen Deutschland, das Ende der Hohenzollernherrschaft in der Novemberrevolution von 1918 getroffen hat – nicht nur in seinen persönlichen Lebensplänen, sondern auch in seiner gesamten inneren Haltung. Er trauerte der vergangenen „deutschen Herrlichkeit“ nach, stand der bürgerlichen Republik von Weimar ausgesprochen ablehnend gegenüber und hoffte darauf, daß sein Vaterland – sprich: das imperialistische Deutschland – seine vormalige Weltgeltung gegenüber den anderen Mächten wiedererlangen würde. Schweren Herzens nahm er als Offizier seinen Abschied und begann, Theologie zu studieren – nicht als Zeichen geistiger Einkehr und Umkehr, sondern in der Annahme, die protestantische Kirche sei am ehesten geeignet, die Traditionen des vormaligen kaiserlichen Deutschland zu wahren und in die Zukunft hinüberzuretten. Ganz in diesem Sinne war er 1920 auch daran beteiligt, Arbeiterformationen niederzuschlagen, die dem Kapp-Putsch entgegengetreten waren.

Von 1919 bis 1923 studierte Niemöller evangelische Theologie an der Universität Münster. 1924 wurde er zum Pfarrer ordiniert und trat in die Dienste der Inneren Mission, zunächst als ihr zweiter, dann als ihr erster Geschäftsführer in der Provinz Westfalen. Ende der zwanziger Jahre begann – ebenfalls in Münster – seine politische Tätigkeit: im Stadtparlament wurde er Fraktionsvorsitzender der „Evangelischen Vereinigung“, die sich nicht als politische Partei, sondern als eine Art Bürgerinitiative im kommunalpolitischen Bereich, als überparteiliche Interessenvertretung von Protestanten in der vorwiegend katholisch geprägten Stadt verstand.

So gern Niemöller in der Inneren Mission unmittelbar Hilfe für den Nächsten leistete, so wenig befriedigte ihn auf die Dauer die rein organisatorische Tätigkeit im kirchlichen Dienst. Daher war er froh, als ihm 1931 ein Pfarramt in Berlin-Dahlem angeboten wurde. Von nun an war er Gemeindegeistlicher, und als solcher hat er sich auch in der Folgezeit – eigentlich bis in sein hohes Lebensalter hinein – immer in erster Linie betrachtet. Das Wort Gottes in unsere Zeit hin-

ein zu verkündigen, die Gewissen der Gemeindeglieder zu schärfen – darin erblickte er seinen wichtigsten Auftrag.

### *Widerstand aus Glauben*

In dieser Pfarrstelle erlebte Niemöller 1933 den Machtantritt der Faschisten. Einigen der Ziele, die sie im Munde führten, stand er zunächst aus anezogener nationalistischer Gesinnung nicht einmal ablehnend gegenüber. Daß sie die Absicht verkündeten, in Deutschland wieder für „Zucht und Ordnung“ zu sorgen und ihm die außenpolitische „Gleichberechtigung“ zurückzugewinnen, beurteilte Niemöller zu dieser Zeit – und zuweilen auch später noch – sogar recht positiv. Sein Protest gegen die Faschisten entzündete sich dort, wo ihr Gebaren in Widerspruch mit seiner Treue zum „Glauben der Väter“ und mit einem rechtlichen Empfinden geriet, das eine wesentliche Komponente seiner im Grunde noch konservativen Denkweise bildete.

Schon im Frühjahr 1933 war Niemöller an führender Stelle inmitten jener Kräfte innerhalb der deutschen evangelischen Kirchen zu finden, die dem Treiben der nazihörigen „Deutschen Christen“ (DC) entgegentraten. Unter dem Firmenschild dieser „Glaubensbewegung“ hatten sich im Juni 1932 die ausgesprochen profaschistischen protestantischen Kreise zusammengeschlossen, die eine dem Faschismus gleichgeschaltete „Reichskirche“ forderten, das Nazi-„Führerprinzip“ auf die Kirche übertragen, das Alte Testament als „Judenbuch“ abschaffen und die These, daß Gott sich nicht nur in der Heiligen Schrift, sondern auch in den „heldischen“ Seiten der deutschen Geschichte unserem Volk offenbare, zur offiziellen kirchlichen Lehrmeinung erheben wollten.

Die innerkirchliche Opposition gegen die DC-Fraktion, die nach der Übertragung der staatlichen Macht auf Hitler und seine Nazi-Partei nun immer provokatorischer auftrat, formierte sich zunächst in der „Jungreformatorischen Bewegung“, die allerdings in ihren Verlautbarungen, soweit sie politische Fragen berührten, den Boden der seinerzeitigen Staatsdoktrin nicht verließ. Niemöller wurde deren Vorstandsmitglied und persönlicher Mitarbeiter des „Reichsbischofs“ Friedrich von Bodelschwingh, des Direktors der Betheler Anstalten, den Ende Mai 1933 eine Konferenz der Bevollmächtigten der deutschen evangelischen Landeskirchen in Eisenach mit knapper Mehrheit in das Bischofsamt gewählt hatte. Hitler allerdings lehnte es ab, ihn in dieser Funktion zu bestätigen, weil der Nazi-Staat zu jener Zeit noch voll auf die „Deutschen Christen“ setzte.

Ihr Nahziel erblickten die „Deutschen Christen“ darin, den „Arierparagraphen“ aus dem faschistischen Beamtenrecht in das Kirchenrecht zu übernehmen. So setzten sie Anfang September 1933 in der 10. Tagung der Generalsynode der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (APU) in Berlin ein Kirchengesetz „betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten“ durch, das bestimmte, im kirchlichen Dienst könne nur stehen, wer „rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat“ eintrete und „arischer Abstammung“ sei. Aus Protest gegen dieses Gesetz, das allerdings nie in Kraft getreten ist, und gegen andere von der DC-Mehrheit in der Synode beschlossene Eingriffe in die bis dahin geltende Struktur des kirchlichen Lebens verließen 71 bekenntnisgebundene Synodale die Tagung.

Geschichtlich folgenreicher jedoch war eine andere Protestaktion: Noch im gleichen Monat, am 21. September, veröffentlichten Martin Niemöller und einige seiner Freunde – gestützt auf die bereits bestehenden Pfarrerruderschaften, beispielsweise im Rheinland und in Westfalen – den Aufruf zur Gründung eines Pfarrernotbundes. Er setzte sich zur Aufgabe, Schrift und Bekenntnis der Evangelischen Kirche gegen die Übergriffe der DC-Leute und damit auch des Hitlerstaates zu verteidigen und den Versuchen zur Einführung des Arierparagraphen in den kirchlichen Raum zu wehren. Daß der vom Ursprung her auf Fragen des Glaubens und der kirchlichen Ordnung eingegrenzte Widerstand gegen die nazistische Kirchenpolitik unvermeidlich politischen Charakter annehmen mußte, geht bereits aus dem Wortlaut der von Niemöller entworfenen Erklärung hervor, auf die sich die bekenntnistreuen Geistlichen und kirchlichen Mitarbeiter mit ihrem Beitritt zum Pfarrernotbund unterschriftlich verpflichteten:

- „1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Heilige Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Heiligen Schrift.
2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.
3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mitverantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.
4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, daß eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“

Erstmals trat der Pfarrernotbund schon Ende September

1933 weithin sichtbar in Erscheinung, als die von den „Deutschen Christen“ beherrschte „Erste Deutsche Evangelische Nationalsynode“ in Wittenberg tagte und den DC-Führer Ludwig Müller zum Reichsbischof wählte: Zweitausend Geistliche unterschrieben einen von Niemöller bereits am 12. September verfaßten Protest gegen die Irrlehre der „Deutschen Christen“ und ihre Gewaltherrschaft in der Kirche, gegen die Einführung des Arierparagraphen und des Führerprinzips. Als sie mit dieser Willensäußerung in der Synode kein Gehör fanden, hefteten sie – sich in der Tradition Martin Luthers und seines Thesenanschlags wissend – den Text dieser Erklärung an Türen, Zäune und Straßenbäume in Wittenberg. Damit waren zum erstenmal in deutlicher Weise die bekenntnismäßigen Fronten innerhalb der von den Faschisten und ihren kirchlichen Handlangern zusammengezimmerten „Deutschen Evangelischen Kirche“ offenbar geworden; damit war aber auch Niemöllers künftige Rolle als Wortführer der protestantischen innerkirchlichen Opposition gegen das Hitlerregime vorherbestimmt.

Am 20. Oktober 1933 bildete der Pfarrernotbund als sein Führungsorgan den Bruderrat, aus sieben Mitgliedern bestehend; Martin Niemöller wurde zum Geschäftsführer gewählt. Damit war die Keimzelle der Bekennenden Kirche entstanden. Bei insgesamt 18 000 Geistlichen, die damals in den deutschen evangelischen Kirchen ihren Dienst taten, gehörten schon Anfang 1934 dem Pfarrernotbund über 7000 Mitglieder an. In seiner Gestalt war der faschistischen Kirchenpolitik, aber auch den um ihre Verwirklichung bemühten hitlerhörigen Kirchenführern und Konsistorialbürokraten eine ernsthafte Kraft des Widerstandes aus der evangelischen Pfarrerschaft selbst erwachsen.

Anfang November 1933 meldete sich Niemöller abermals vernehmlich zu Wort: In der „Jungen Kirche“, der in Göttingen erscheinenden „Halbmonatschrift für reformatorisches Christentum“, ließ er seine rasch bekannt und berühmt gewordenen sechs „Sätze zur Arierfrage in der Kirche“ erscheinen. Darin führte er – wenn auch eingeschränkt auf die der evangelischen Kirche angehörenden Juden – den theologisch begründeten Nachweis, daß „ein kirchliches Gesetz, das die Nichtarier oder Nichtvollarier, soweit sie dem jüdischen Volk angehören, von den Ämtern der Kirche ausschließt, bekenntniswidrig“ ist. Das sei für die Kirche „eine Frage des Bekenntens oder Verleugnens“ ihrer Glaubensgrundlagen. Daraufhin wurde Niemöller wegen „Aufforderung zum Widerstand gegen den Arierparagraphen“ von der Kirchenleitung am 10. November 1933 seines Amtes enthoben.

Doch darum kümmerte er sich nicht, sondern blieb Prediger seiner Dahlemer Gemeinde und wurde zu einem der ständig vorwärtstreibenden Männer der Bekennenden Kirche, zu einem ihrer geistlichen Führer. Schon am 14. November 1933 – einen Tag nach der berüchtigten Berliner Sportpalastkundgebung der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“, in der vor 20 000 Teilnehmern der Berliner DC-Gaubobmann Dr. Reinhold Krause den christlichen Glauben und namentlich das Alte Testament geschmäht hatte – initiierte Niemöller eine Protesteingabe von 3000 Notbundpfarrern beim Reichsbischof und eine entsprechende Kanzelerklärung, die am 19. November in den Gottesdiensten der bekennnisgebundenen Geistlichen verlesen wurde.

Unvergessen bleibt Niemöllers mutiges Auftreten in der Besprechung mit den Kirchenführern, die Hitler am 25. Januar 1934 zu sich befohlen hatte, um die evangelische Kirche – endgültig, wie er meinte – dem Naziregime gleichzuschalten. Gleich zu Beginn der Unterredung verlas Göring die Gestapo-Mitschrift eines Telefongesprächs, das Niemöller unmittelbar zuvor mit einem Bekannten geführt und in dem er sich herabsetzend über Hitler geäußert hatte. Daraufhin entwickelte sich während des Treffens ein heftiger Wortwechsel zwischen Hitler und den Kirchenführern. Während diese sich überwiegend von Niemöller distanzierten, vertrat der Dahlemer Geistliche mannhaft die Auffassung, er handele aus „Sorge um die Verantwortung für das deutsche Volk“, und „keine Macht der Welt ist berechtigt, sie von uns zu nehmen“, wie er hinzusetzte. Hitler entgegnete herrisch: „Die Sorge um das deutsche Volk überlassen Sie ruhig mir!“ Dem konnten selbst die zu einer Loyalitätsbeteuerung bereiten Vertreter der Kirchenleitungen und der anderen kirchlichen Gruppen nicht zustimmen. Daraufhin wurde die Begegnung ergebnislos abgebrochen. Am folgenden Tage wurde Niemöller vom Dienst beurlaubt und am 10. Februar mit Wirkung vom 1. März in den Ruhestand versetzt. Ungeachtet dessen übte er sein Pfarramt weiter aus.

Zusammen mit dem damals an der Bonner Universität lehrenden Schweizer reformierten Theologen Karl Barth gehörte Niemöller zu den „geistlichen Vätern“ der 1. Bekennnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) in Barmen und der von ihr abgegebenen „Theologischen Erklärung zur gegenwärtigen Lage der DEK“. Darin stellten die 139 Synodalen aus 18 Landeskirchen entgegen allen DC-Ver suchen, das evangelische Bekenntnis faschistisch zu überfremden, unzweideutig fest: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes,

das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben. Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und müsse die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkennen.“

In Barmen wurde Niemöller zusammen mit elf anderen Vertretern der Bekennenden Kirche abermals in den Reichsbruderrat gewählt. In dieser Eigenschaft war er maßgeblich daran beteiligt, die 2. Bekennnissynode der DEK vorzubereiten, deren 143 Synodale am 19. und 20. Oktober 1934 in Berlin-Dahlem zusammentraten. Ihre von Niemöller wesentlich beeinflussten Beschlüsse bezichtigten den Reichsbischof des Bruchs der Kirchenverfassung, verhängten über die „Reichskirchenregierung“ den Boykott und verkündeten das kirchliche Notrecht. Das war ein Akt offener Rebellion gegen das offizielle Kirchenregiment und damit auch gegen den Nazi-staat, der diese Kirchenregierung stützte, so wie sie auch ihn stützte. Der in Dahlem neu gewählte Bruderrat bildete einen bekennnistreuen „Rat der Deutschen Evangelischen Kirche“, zu dessen sechs Mitgliedern auch Niemöller gehörte.

In den kirchlich-politischen Auseinandersetzungen, die sich nun unablässig weiter verschärften, ließ sich Niemöller weder von den staatlichen Stellen noch von seinen kirchlichen Vorgesetzten den Mund verbieten. Die Treue zum Bekenntnis stand ihm höher als der alteingefleischte Obrigkeitensbegriff. Hier wurde in seiner persönlichen Entwicklung zum erstenmal in einer wichtigen Frage eine deutliche Wende, eine Abkehr von überkommenen Konventionen und Verhaltensweisen bemerkbar. Tausende strömten regelmäßig zu seiner Dahlemer Kirche, um ihn predigen zu hören. Ohne Rücksicht auf die Folgen nannte er die Untaten der Nazis beim Namen, trat für Verfolgte und Entrechtete ein, warnte er vor dem Ungeist der faschistischen Ideologie. Unermüdlich reiste er durch die Lande, hielt Vorträge und sammelte die bekennnistreuen Gemeinden.

#### „Persönlicher Gefangener“ Hitlers

Immer wieder wurde Niemöller denunziert und angezeigt. 1935 wurde er zum erstenmal verhaftet. Am 1. Juli 1937 – eine Woche nach der Verhaftung zahlreicher Mitglieder des APU-Bruderrates, dem auch Niemöller angehörte – holte ihn die Gestapo zu einer „kurzen Vernehmung“ im Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz ab. Von dort wurde er in das

Gerichtsgefängnis Berlin-Moabit überführt. „Es wird ihm öffentlich vorgeworfen, seit langer Zeit in Gottesdiensten und Vorträgen Hetzreden geführt, führende Persönlichkeiten des Staates und der Bewegung verunglimpft und unwahre Behauptungen über staatliche Maßnahmen verbreitet zu haben, um die Bevölkerung zu beunruhigen“, hieß es in der Kancelabkündigung, mit der am 2. Juli der APU-Bruderrat gegen Niemöllers Verhaftung protestierte. „Desgleichen soll er zur Auflehnung gegen staatliche Gesetze und Verordnungen aufgefordert haben.“

„Die Verhaftung von Pfarrer Niemöller trifft die ganze evangelische Christenheit in Deutschland“, hieß es weiter in dieser Kanzelerklärung. „Mit ihm ist die Kirche des Evangeliums in Deutschland vor die Schranken der Gerichte gefordert.“ In der Tat erhob sich nun im In- und Ausland ein wahrer Sturm des Protests gegen die faschistischen Behörden, die Niemöller hatten einkerkern lassen. Sein Name stand mit an der Spitze der Fürbittenlisten, die Sonntag für Sonntag in den Gottesdiensten der bekennnistreuen evangelischen Gemeinden im ganzen damaligen Deutschland verlesen wurden. Die Reichskanzlei und andere amtliche Stellen des faschistischen Staates wurden mit Eingaben und Protestschreiben geradezu überschwemmt. Delegationen christlicher Werktätiger aus dem Ruhrgebiet und dem mitteleuropäischen Raum fuhren nach Berlin und verlangten, Hitler zu sprechen, damit sie ihre Forderung vortragen könnten, Niemöller auf freien Fuß zu setzen.

Auch das damals in Paris sitzende Zentralsekretariat der KPD erklärte sich gleich anderen Exilorganisationen deutscher Antifaschisten sofort mit Niemöller solidarisch. In seiner Direktive Nr. 3 „Die KPD und der Kirchenkampf in Deutschland“, Ende Juli 1937 verabschiedet, stellte das Zentralkomitee an die Spitze der Aufgaben die „aktive Unterstützung des Kampfes der Katholiken und Protestanten um ihre Rechte, für die Glaubensfreiheit“ und forderte die „Massenmobilisierung für die Freilassung von Niemöller, Rossaint und der vielen anderen verhafteten Pfarrer“. Das war Ausdruck der Volksfrontpolitik der deutschen Kommunisten, die darauf abzielte, alle Hitlergegner zu einen und für den Kampf um den Sturz der Nazidiktatur, um ein demokratisches Deutschland zusammenzuschließen.

Unter dem Eindruck der Protestwelle mußte schließlich ein gerichtlicher Prozeß gegen Niemöller angesetzt werden, der am 7. Februar 1938 vor dem Sondergericht Berlin begann. Die Anklage warf ihm „Vergehen gegen das Heimtückegesetz, Kanzelmißbrauch und Aufforderung zum Ungehorsam“

vor. Doch erlitt die Staatsanwaltschaft im Verlauf der Verhandlungen ein schmähhches Fiasko: Am 2. März 1938 sah sich das Gericht genötigt, den tapferen Geistlichen faktisch freizusprechen; der Form halber wurde auf 7 Monate Festungshaft, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt galt, und auf eine Geldstrafe in Höhe von 2000 Mark erkannt, die zu einem Viertel ebenfalls unter Anrechnung der Haftzeit erlassen wurde. Doch unmittelbar nach der Urteilsverkündung wurde Niemöller noch im Gerichtsgebäude erneut von der Gestapo verhaftet, nach Potsdam gebracht, und schon am folgenden Tage schlossen sich die Tore des Konzentrationslagers Sachsenhausen hinter ihm.

Damit begannen für Niemöller sieben bittere Jahre. In einem Gespräch mit der in Frankfurt (Main) erscheinenden Wochenzeitung „die tat“ vom 2. Dezember 1977 erinnerte er sich an diese Zeit: „Das erste Jahr im Konzentrationslager ist mir sehr schwer geworden. Das Essen war ungenießbar, erfrorene Kartoffeln usw. Ich verlor mein Augenlicht und konnte kaum noch lesen.“ Mit am schlimmsten sei die vollkommene Isolierung gewesen. „Im Bunker saß man in Einzelzellen. Da waren Häftlinge, die damit bestraft wurden, daß man sie in Einzelzellen sperrte. Einzelne sperrte man in Einzelzellen, bis sie ihre Prügelstrafe auf dem Bock oder ihr Hängen ‚am Pfahl‘ abgebüßt hatten. Dann kamen sie zurück in die Baracke.“ Weiter erzählte Niemöller in diesem Pressegespräch: „Ich kam in einen Teil des Bunkers, der im Grunde eine Gestapo- oder SS-Isolierhaft war. Da gab es kein Urteil oder so etwas. Da wurde man eingeliefert, und es wurde nie gesagt, wie lange das dauern würde; man war einfach drin.“

Die folgenden Jahre im KZ Dachau einschließend, in das er im Juli 1941 verlegt wurde, fuhr Niemöller fort: „Das Schlimme in Sachsenhausen und Dachau war, daß die übrigen Zellen mit Leuten belegt waren, die zum Teil fürchterlich gequält wurden. Ich habe es auch noch erlebt, daß in Dachau die Stehzellen eingebaut wurden. Man machte aus einer Zelle sechs. Da konnte man sich nicht hinsetzen, sondern nur stehend existieren. Das war auch so eine Folterstrafe, die einem an die Nieren ging, wenn man mal an einer solchen Zelle vorbeigeführt wurde. Dann wurden im Hinterhof, den wir nicht betreten durften, aber vom Waschraum aus einsehen konnten, die Strafen mit dem Prügeln und dem Aufhängen ausgeführt, und das kriegte man dann mit zu spüren – acht Jahre lang.“

Für Christen und Kommunisten, für Hitlergegner jeglicher weltanschaulicher oder politischer Haltung diesseits wie jenseits der deutschen Grenzen wurde in jenen Jahren neben

Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid und dem 1939 in Buchenwald ermordeten Pfarrer Paul Schneider auch Martin Niemöller zu einer Symbolgestalt des antifaschistischen Kampfes. Schon am 4. Juni 1938 übermittelte die Vorläufige Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche, also das BK-Spitzenngremium, der Reichskanzlei eine von fast 3000 evangelischen Geistlichen unterzeichnete Protesterkklärung gegen Niemöllers Überführung nach Sachsenhausen, in der es hieß: „Was darum unserm Bruder Niemöller um Jesu Christi willen widerfährt, das trifft uns alle, seine Schmach ist unsere Schmach.“ In ungezählten evangelischen Kirchgemeinden wurde für ihn gebetet.

Aber auch die im illegalen Kampf stehende KPD bekundete ihre Solidarität mit Niemöller, dem sogenannten „Gefangenen des Führers“. Ein Beispiel von vielen: Die von Kommunisten im Untergrund herausgegebene Zeitung „Freiheit“ (Rhein-Ruhr/Nordwest) nannte in ihrer Ausgabe vom 31. März 1938 den am 1. März jenes Jahres in Dachau ermordeten antifaschistischen Rechtsanwalt Hans Litten, den am 4. März hingerichteten Kommunisten Ewald Funke und den fast gleichzeitig in Sachsenhausen eingekerkerten Pfarrer Niemöller „Symbole für das Schicksal unseres Volkes“ und schrieb: „Soll Pfarrer Niemöller das Schicksal Hans Littens erleiden? Sollen unsere vielen Tausende eingekerkerten Brüder an der Schmach und dem Terror des Hitlerregimes zugrunde gehen? – Jeder von uns, dem Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit keine leeren Worte sind, muß den Kampf unserer Helden und Märtyrer als seinen eigenen Kampf weiterführen.“

Die im Auftrag der KPD in Basel herausgegebene „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“ veröffentlichte am 29. Juni 1939 unter der Überschrift „Antifaschistische Solidarität – Martin Niemöller seit zwei Jahren in den Händen der Gestapo“ einen Artikel, der zu dem Schluß kam: „Der Gestapokrieg gegen Protestanten und Katholiken ist ein Teil der Nazi-Kriegsvorbereitung gegen die friedliebende Welt... Alle diese Männer hinter Stacheldraht und Mauern zeigen, wie weit und tief die Opposition gegen das Nazi-Regime geht. Der Kampf um die Befreiung Niemöllers und der anderen politischen Gefangenen wird mit verstärkter Wucht fortgeführt werden müssen, weil er, ganz abgesehen von der rein menschlichen Seite, ein wichtiger Bestandteil des Kampfes um den Frieden ist.“

Aus gleichem Anlaß schrieb die in Paris erscheinende „Deutsche Volkszeitung“ am 2. Juli 1939 am Ende eines Beitrags über Pfarrer Niemöller: „Das Verhalten und mutige

Auftreten von Männern, die vom religiösen Humanismus erfüllt sind, ist von beispielgebender Wirkung, sie haben geholfen, Brücken zwischen allen Gegnern des Regimes zu schlagen, und an der Aufrichtung jener Einheitsfront mitgewirkt, die dem Regime den entscheidenden Stoß versetzen wird. Die Sympathien, die die antifaschistischen Kämpfer bei den Männern gefunden haben, die für Glaubens- und Meinungsfreiheit eintraten und Opfer zu bringen fähig waren, schmiedeten das einigende Band aller wahrhaften Gegner des Hitlerregimes.“

Weite Verbreitung fanden die Texte der Predigten, die Niemöller in seiner Dahlemer Kirche gehalten hatte. Hektographierte Abschriften von Auszügen aus solchen Predigten gingen in Deutschland heimlich von Hand zu Hand. Eine Sammlung von 28 Predigttexten erschien halblegal in einem der Bekennenden Kirche nahestehenden rheinischen Verlag und 1939 in der Schweiz. Heinrich Mann bezeichnete dieses Büchlein und einen Sammelband mit Briefen antifaschistischer deutscher Arbeiter noch im gleichen Jahr als „die beste Prosa dieser Zeit“. Für eine englischsprachige Ausgabe der Niemöller-Predigten, 1941 in den USA und 1942 in Großbritannien herausgegeben, verfaßte Thomas Mann ein ausführliches Vorwort.

Niemöller selbst hat diese Solidarität, die alle geographischen und politisch-weltanschaulichen Grenzen überschritt, in Sachsenhausen und Dachau immer wieder sehr deutlich gespürt. Trotz der isolierten Unterbringung, die ihn als persönliches Opfer Hitlers möglichst weitgehend von seinen Mitgefangenen trennen sollte, wurde ihm die Lagergemeinschaft mit KZ-Häftlingen anderer sozialer, geistiger oder auch nationaler Herkunft zu einem prägenden Erlebnis. Damit verband sich die zunehmende Einsicht in die Notwendigkeit vereinten Vorgehens aller antifaschistischen Kräfte. Später äußerte er darüber: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ Protestiert hat übrigens gegen Niemöllers Martyrium nicht einmal seine eigene amtliche Kirchenleitung – im Gegenteil: das Konsistorium der Mark Brandenburg entzog ihm, dem KZ-Insassen, am 2. Juli 1939 seine Pfarrstelle und versetzte ihn in den „Wartestand“.

Für Niemöller wurde das Ende des Hitlerkrieges im wahren Sinne zur Befreiung. Zusammen mit ungezählten anderen Häftlingen noch im April 1945 aus dem KZ Dachau mit unbekanntem Ziel nach Österreich deportiert und schon dem Tode ins Auge blickend, wurde der 3. Mai für ihn zum ersten Tag der Freiheit. Die Jahre der faschistischen Tyrannei, des Kampfes gegen die Nazidiktatur, die Gefängnis- und KZ-Haft hatten seine vormalige Gedankenwelt wesentlich gewandelt, nicht vom Fundament her – dieses Fundament war und blieb sein Glaube –, wohl aber in ihren gesellschaftlichen Koordinaten. Altes war zerbrochen, und vieles war neugeworden: sein Verhältnis zu staatlicher und kirchlicher Obrigkeit, sein Denken über Menschen anderer geistiger Grundhaltung, sein Empfinden für die notwendige Gemeinschaft aller Kräfte guten Willens, die darauf hinwirkten, daß das „dunkle Vergangene“ sich nicht wiederhole.

Zunächst allerdings wurde Niemöller noch von den amerikanischen Truppen festgehalten. Erst durch einen Hungerstreik konnte er sie dazu veranlassen, ihn im Juni 1945 endgültig auf freien Fuß zu setzen. Dann jedoch wurde er sofort wieder aktiv: er nahm Verbindung mit Freunden aus der Bekennenden Kirche auf und überlegte, wie man die Lehren aus dem Versagen kirchlicher Kreise in der Zeit des Faschismus ziehen, wie man zu einer echten Neugestaltung in Kirche und Gesellschaft kommen könne.

In solchem Sinne trat er bereits im August 1945 als Sprecher des Reichsbruderrates auf der Gründungskonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland auf, die im hessischen Treysa stattfand. Aus der Vergangenheit – so forderte er – müßten Schlußfolgerungen gezogen werden, damit „nicht alle Kämpfe, Leiden und Opfer der letzten zwölf Jahre umsonst“ gewesen seien. „Wir können nicht einfach weiterarbeiten, als ob nichts geschehen wäre“, erklärte er. Dieses Verlangen nach einer Neuorientierung bezog er nicht nur auf die innerkirchlichen, sondern auch auf die politischen und sozialen Verhältnisse. „Demokratie hat mehr mit Christentum zu tun als irgendeine autoritäre Form der Staatsführung“, stellte er schon in Treysa fest, und auch für grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen Bereich trat er dort ein, weil Mitmenschen „niemals für uns und für andere zum Gegenstand der Ausbeutung werden“ dürften.

Im Oktober 1945 fand eine erste Begegnung zwischen Abgesandten der Ökumene und Vertretern der deutschen evangelischen Kirchen in Stuttgart statt. Das war der Anlaß, der zur

Formulierung der Stuttgarter Schulderklärung führte. Niemöller steuerte den entscheidenden Satz bei: „Durch uns ist unendliches Leid über die Völker gebracht worden.“ Er betonte die in diesem Bekenntnis ausgesprochene Notwendigkeit zu einem Neuanfang. Monatelang reiste er von Kirchgemeinde zu Kirchgemeinde, um über Umkehr und Neuanfang zu reden. Aber schon damals zeigte sich, daß nur die wenigsten in den Kirchen der westlichen Besatzungszonen bereit waren, eine umfassende gesellschaftliche Neubesinnung zu vollziehen.

Bei der Neugestaltung der Kirchenorganisation berief man Pastor Niemöller zum Präsidenten des Kirchlichen Außenamtes. Die neugebildete Evangelische Kirche von Hessen und Nassau wählte ihn zwei Jahre später, 1947, zu ihrem Kirchenpräsidenten.

### *Für eine dauerhafte Friedensordnung*

Der mutige Widerstand gegen die faschistische Gewaltherrschaft hatte Niemöllers Namen in der ganzen Welt bekannt gemacht. Der spätere Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen Dr. Philip Potter berichtete, daß er als junger Pastor Anfang der 40er Jahre in seiner karibischen Heimat häufig in Gemeindegottesdiensten für den KZ-Häftling und Zeugen Jesu Christi Fürbitte gehalten habe. So war es nicht verwunderlich, daß Niemöller schon 1946 eine Reihe von Einladungen ins Ausland erhielt. Er reiste nach den USA, nach Norwegen, Schweden und Dänemark, nach England und bald auch nach Lateinamerika und Asien. Überall berichtete er von seinen Erfahrungen im Kampf gegen den Faschismus; aber mehr noch redete er über die Aufgaben zur Gestaltung einer dauerhaften Friedensordnung in der Welt, die einen neuen Weltkrieg unmöglich machen sollte.

Martin Niemöller hatte die Stuttgarter Schulderklärung auch als Bekenntnis eigener Schuld verstanden. Er habe zu lange den Faschismus toleriert und zuwenig gegen ihn getan, sagte er immer wieder. So war er mitbeteiligt an der Ausarbeitung des Darmstädter Wortes des Reichsbruderrates der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes. Viel konkreter als in Stuttgart wurde hier die Schuld des deutschen Protestantismus in der falschen gesellschaftlichen Bindung und auch in der christlichen Ursünde des Antikommunismus gesehen. Abkehr von solchen Irrwegen bedeutete für Niemöller, daß er hinfort zur Zusammenarbeit mit allen dem Frieden und dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflich-

teten Kräften, vor allem mit Kommunisten bereit war. Es bedeutete aber auch, daß er nicht mehr bereit war, bei politischen Fehlentscheidungen zu schweigen.

Seit Herbst 1945 Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit 1948 Mitglied des auf der Weltkirchenkonferenz in Amsterdam gebildeten Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), intensivierte Martin Niemöller seit Ende der vierziger Jahre seine Reisetätigkeit, auch im Zusammenhang mit seinem lebhaften Interesse für die weltpolitische Entwicklung. Das waren die Jahre, in denen der Imperialismus den kalten Krieg gegen die Sowjetunion und die sich damals herausbildende sozialistische Staatengemeinschaft einem ersten Höhepunkt entgegentrieb. Schockiert zeigte sich Niemöller über die Kriegsstimmung, die er vor allem in den USA antraf. Einflußreiche Kreise dort sprachen offen aus, das amerikanische Atombomben-Monopol solle genutzt werden, um „den Kommunismus zu vernichten“. Als Niemöller im Frühjahr 1949 beim Abflug aus Australien von einem Zeitungsreporter erfuhr, der erste Atombombenversuch der Sowjetunion sei gelungen, atmete er erleichtert auf, weil er verstand, daß mit dem Gleichziehen der Sowjetunion der Frieden gesichert werden könnte. „Nun wird es so ganz leicht keinen wirklichen Krieg zwischen Ost und West geben!“ rief er aus.

#### *Im Dienst an der Verständigung*

Seit den ersten Nachkriegsjahren kam Niemöller häufig auch in unser Land. Er besuchte alte Freunde und Kirchengemeinden, mit denen er in der Zeit des Kirchenkampfes in Kontakt gestanden hatte. Daneben hatte er auch Begegnungen mit Kommunisten, mit denen er gemeinsam im Konzentrationslager gelitten hatte. Mehrfach traf er mit dem Vorsitzenden unserer Partei, Otto Nuschke, und mir als damaligem Generalsekretär der CDU zusammen. Im Oktober 1952, als er gerade wieder auf einer Reise durch die DDR war, besuchte er uns in Berlin unmittelbar vor Beginn unseres 6. Parteitages. In das Gästebuch des Hauptvorstandes trug er am 15. Oktober ein: „Es gibt kein politisches System in der Welt, dem nicht die Salzkraft des christlichen Dienstes am Menschen nottäte. — Daß innerhalb der DDR die CDU diesen Dienst leisten möchte, wünsche ich ihr am Vorabend des 6. Parteitages.“

Ganz auf diesen Ton gestimmt war auch die Predigt, die er am Abend desselben Tages in der Berliner Marienkirche bei einem Kirchenkonzert für die Delegierten unseres Parteitages

hielt. Dort sprach er davon, „daß wir, die wir als Christen versuchen, unserer öffentlichen Verantwortung gerecht zu werden, das niemals in der Weise tun können, daß wir neu ein christliches oder ein anders geartetes Rezept, Programm oder System auf unsere Fahne schreiben und dann uns an dieses Rezept, Programm oder System halten und meinen, nun täten wir das, wozu wir eigentlich da sind. So einfach ist es nicht, und Gott sei Lob und Dank, daß es nicht so einfach ist. Denn dann brauchte Gott kein Salz der Erde in der Gestalt der Gemeinde seines Sohnes, dann könnten alle anderen es ebenso gut und wahrscheinlich noch sehr viel besser machen als wir.“

In dieser Predigt wandte sich Niemöller gegen jeden christlich begründeten Vorherrschaftsanspruch: „Wenn die Christenheit im Leben dieser Welt, ihrer Völker und Menschen von dem Herrn Christus berufen ist, als ein Salz ausgestreut zu werden, dann geht es bei uns als Christenheit niemals um Majoritäten. Salz der Erde und Majorität, das steht im Widerspruch zueinander. So ist es gar nicht gemeint, sondern wir Christen sind ausgesät in diese Welt, und wir sollen in dieser Welt uns alle finden in Dienste dessen, den wir unseren Herrn heißen.“ In eindringlichen Worten mahnte er zu tätiger Nächstenliebe: „Wir sollten als Christen einiges gelernt haben in den letzten Jahrzehnten, durch die Gott uns hindurchgeführt hat, und wahrlich zu dem Zweck, damit wir wieder auf den einen zu schauen vermöchten, ohne den wir nichts tun können. Wir sollten gelernt haben, daß uns der eine da begegnet, wo er uns in seiner Menschheit begegnet, wo er uns im Menschenbruder begegnet und nach unserem Dienst verlangt.“ Gott stelle uns den Menschenbruder vor „durch das Wort Christi: Hier will ich dir begegnen. Was du tust an einem der Geringsten, das tust du mir, was du ihm versagst, das versagst du mir.“

Auch zu späteren Parteitagen hat Martin Niemöller uns seine Grüße und guten Wünsche übermittelt. Mehrmals suchte er Otto Nuschke und mich zu persönlichen Gesprächen im Parteihaus auf, so beispielsweise vor dem Antritt seiner damals Aufsehen erregenden Flugreise nach Moskau Anfang Januar 1952. Das war der erste Besuch eines führenden Kirchenmannes aus der BRD in der Sowjetunion. Schon bevor Niemöller die Reise begann, war sie von antisowjetisch eingestellten Politikern und Journalisten in der BRD in ein politisches Zwielficht gerückt worden. Wir machten ihm Mut, den Flug auf jeden Fall zu unternehmen.

Als Gast des Moskauer russisch-orthodoxen Patriarchen Alexej konnte sich Niemöller während seines Aufenthaltes

in Moskau von dem Reichtum des religiösen Lebens in der UdSSR überzeugen. Anschließend äußerte er im Gespräch mit einem BRD-Nachrichtenmagazin: „Ich habe fast Tag um Tag die christliche Gemeinde gesehen, die russisch-orthodoxe wie auch die baptistische Gemeinde. Ich habe in beiden Kirchen wirklich christliche Gemeinden zum Gottesdienst versammelt gefunden.“ Damit trat er antisowjetischen Entstellungen in der Berichterstattung von BRD-Massenmedien entgegen. Auch mit dem stellvertretenden UdSSR-Außenminister W. A. Sorin hatte Niemöller in Moskau ein Gespräch. – Seine Verbindungen zum Moskauer Patriarchat halfen in der Folgezeit, den Beitritt der Russischen Orthodoxen Kirche zum Ökumenischen Rat vorzubereiten, der dann 1961 auf der III. Vollversammlung des ÖRK in Neu Delhi erfolgte.

Auch in anderen sozialistischen Ländern war Martin Niemöller meist der erste westdeutsche Kirchenmann, der nach Kriegsende die dortigen Kirchen besuchte. In der Zeit des kalten Krieges war jede dieser Reisen – nach der ČSSR und Ungarn, nach Polen und Jugoslawien – eine Tat, die mit einer politischen Absage an den militanten Kurs auf ein „Zurückrollen des Kommunismus“ gleichbedeutend war. Gerade in diesen Ländern, die 1944/45 von faschistischer Okkupation befreit worden waren, wußte man die Rolle und die Verdienste des Antifaschisten Martin Niemöller besonders zu schätzen. Er war zum Beispiel der erste Vertreter einer Kirche aus dem deutschsprachigen Raum, dem die Theologische Fakultät der evangelisch-lutherischen Kirche in der Slowakei – im Mai 1956 in Modra – die Ehrendoktorwürde verlieh. Häufig wurde Niemöller bei seiner Rückkehr von solchen Reisen auf das heftigste von Vertretern der Bonner Regierung, der Revanchistenverbände, aber auch von gewissen kirchlichen Kreisen in der BRD attackiert, die einer Verständigung auf der Grundlage der Anerkennung der durch Krieg und Nachkriegszeit entstandenen politisch-gesellschaftlichen Realitäten immer wieder Steine in den Weg zu legen suchten.

### *Gegen die Remilitarisierung der BRD*

Von der im September 1949 erfolgten Bildung der Bundesrepublik hielt Niemöller gar nichts. Dieser Staat war in seinen Augen – so äußerte er wörtlich – „in Rom gezeugt und in Washington geboren“. Mit um so größerer Anteilnahme beobachtete er die Gründung und Entwicklung der DDR. Zwei Jahrzehnte später, am 18. August 1969 – ich hatte ihn zur Teilnahme an den Veranstaltungen aus Anlaß des 20. Jah-

restages der DDR eingeladen, an denen er allerdings wegen einer zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Auslandsreise nicht teilnehmen konnte –, schrieb er mir darüber:

„Die Schaffung der Bundesrepublik im Jahre 1949 habe ich, wie Sie wissen, aufs äußerste bedauert und verurteilt; und ich habe die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik für die unvermeidliche Konsequenz gehalten. Jahrelang hat mich die Sorge bewegt, ob die DDR nicht an ihren wirtschaftlichen Nachteilen gegenüber der BRD zugrunde gehen würde, was die Väter dieser ganzen Nachkriegspolitik wohl gehofft hatten. Ich bin froh darüber, daß diese Befürchtung sich als eine falsche Rechnung herausgestellt hat...“ Dann bat er um „freundliche Nachsicht“ dafür, daß er mir diesen Brief handschriftlich zukommen ließ, und schloß mit der Versicherung, seine „Wünsche für die Zukunft der DDR“ seien „klar und entschieden“.

Das Wirken der christlichen Demokraten in unserer Republik beobachtete Martin Niemöller mit viel Sympathie. Namentlich sein persönlicher Kontakt zu Otto Nuschke war sehr herzlich. Als wir 1972 darangingen, Nuschkes 90. Geburtstag vorzubereiten, schrieb mir Martin Niemöller am 5. Mai jenes Jahres: „Ich bin ja Otto Nuschke wohl ein dutzendmal nach 1949 begegnet und habe mich immer als seinen besonderen Freund betrachtet...“ In den zahlreichen Begegnungen, die Otto Nuschke, ich und andere Mitarbeiter der CDU mit Niemöller hatten, spielte immer die Tatsache eine Rolle, daß Christen in der DDR ihre gesellschaftliche Position in einem viel umfassenderen Sinne neu bestimmt hatten, als das in der BRD angesichts der dort vonstatten gegangenen Restauration von Besitz und Macht der Großbourgeoisie der Fall sein konnte.

Oberster Maßstab für die Beurteilung politischer wie auch kirchlicher Entscheidungen war für Niemöller die Frage, ob sie dem Frieden nutzen. Von diesem Gesichtspunkt her stellte er selber sich als Mann der Kirche in die Politik hinein. Schon am 23. Januar 1950, wenige Monate nach der Gründung der BRD, äußerte er in einer Predigt: „Die Kirche hat die Pflicht, dem Frieden zu dienen. Die Kritik an den Pastoren, die sich mit Politik beschäftigen, stört mich also keinesfalls.“ Von diesem Standpunkt her erhob er warnend seine Stimme gegen die Pläne zur Remilitarisierung der BRD, wie sie von dem damaligen Bundeskanzler Adenauer betrieben wurden. Mit ihm stieß er 1951 bei einem Gespräch in Königswinter heftig zusammen, weil er davon überzeugt war, daß die Aufrüstung der BRD „jedes Gerede über Wiedervereinigung sinnlos“ mache.

Die Wiederherstellung der alten Gesellschaftsstrukturen und die Integration der BRD in das Paktsystem des Imperialismus hielt er für einen Verrat sowohl an der Sache der Nation als auch an der Sache des Friedens. Als ihn 1949 der damalige Bundesinnenminister Dr. Gustav Heinemann im Auftrag des Bonner Kabinetts schriftlich nach seiner politischen Haltung befragt hatte, sprach er sich in seinem Antwortbrief eindeutig für die „klaren Feststellungen des Potsdamer Abkommens“ mit seinen Bestimmungen über ein entmilitarisiertes und entmonopolisiertes, ein entnazifiziertes und demokratisiertes Nachkriegsdeutschland aus. Doch nun mußte er auf Schritt und Tritt feststellen, daß in der BRD die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung lief.

Mahnend erklärte er im Januar 1952 bei einer Rede in der Stadthalle von Darmstadt gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik: „Wir Deutsche haben in unserem deutschen Haus eine Wand, daran die Franzosen, Belgier, Holländer, Luxemburger usw. wohnen, aber an der anderen Wand im Osten wohnen ebenfalls Menschen, und wir sind daran interessiert, daß diese Wand nicht brennt. Ich bin überzeugt, daß jenseits der Zonenschranken niemand den Krieg will. Ich muß diese Feststellung treffen, weil ich mich für die Menschen verantwortlich fühle. Das nicht nur deshalb, weil ich durch mein Eintreten für die Menschheit während des Nazi-regimes im KZ saß, sondern vor allem deswegen, weil ich nach 1945 gefühlt habe, daß ich noch viel zuwenig tat, um einen Krieg zu verhindern. Wer gegen die Wand der etwa 180 Divisionen der Sowjetunion anrennen will, sollte sich zuvor ausrechnen, daß er nichts erreichen kann.“

### *Kampf dem Atomtod!*

Das Jahr 1954 hat Pastor Niemöller als das Jahr seiner tiefsten Wandlung bezeichnet. Vor der Reise zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Evanston (USA) führte er ein längeres Gespräch mit den Atomphysikern Hahn, Heisenberg und Weizsäcker. Er wollte wissen, was es mit den neuentwickelten Atom- und Wasserstoffbomben auf sich hatte. Die Experten erklärten ihm, daß man damit das Leben auf der Erde vernichten kann. Es ist dieses Wissen, das den Kirchenmann zum engagierten Friedenskämpfer machte — ähnlich wie Albert Schweitzer durch seine Kontakte mit Einstein zu der Überzeugung gelangte, daß entschiedener Widerstand gegen die Atomkriegsgefahr lebensnotwendig ist. Niemöller las das Neue Testament neu und mußte feststellen:

es bezeugt, daß Gottes Wille Frieden ist. Die Teilnahme am Ringen um die Erhaltung des Friedens in der Welt wurde von da an für ihn zur zentralen Aufgabe.

Dabei erkannte er sehr genau, daß Frieden und Antikommunismus nicht miteinander zu vereinbaren sind. Deswegen wandte er sich entschieden gegen einen Mißbrauch des Christentums für die imperialistische Kreuzzugs-Propaganda. Schon im November 1951 hatte er in einem Rundschreiben an die Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau hervorgehoben: „Die Predigt des Evangeliums kann sich nicht damit abfinden, daß der Gegensatz zwischen Ost und West auf die allzu einfache Formel gebracht wird: hier Licht, dort Finsternis, hier christliche Welt, dort Antichristentum, und daß darum eine kriegerische Auseinandersetzung mit dem Osten als Kreuzzug verbrämt wird. Sie wird aufzudecken haben, daß ein Eintreten für westliche Kultur und Wirtschaftsordnung nicht mit einer Entscheidung für Christus gleichzusetzen ist und daß sich hinter der christlichen Fassade unserer westlichen Welt und Lebensform Ungerechtigkeit verbirgt.“ Mit gleichem Nachdruck sprach er sich in den kirchenpolitischen Auseinandersetzungen seit der Mitte der 50er Jahre gegen den Abschluß des Militärseelsorgevertrags zwischen der EKD und der BRD-Regierung aus.

Sein engagiertes Eintreten für den Frieden rief die Kritik konservativer kirchlicher Kräfte hervor. 1956 wurde er gezwungen, sein Amt als Präsident des Kirchlichen Außenamtes der EKD zur Verfügung zu stellen. Auch seinen Sitz im Rat der EKD — zeitweise war er dessen stellvertretender Vorsitzender gewesen — legte er nieder. Sogar als Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau wurde er immer heftiger angefeindet; in dieser Eigenschaft wurde er von der Synode seiner Kirche 1958 nur mit knapper Mehrheit wiedergewählt. Karl Barth schrieb 1957 in einem Beitrag zum 65. Geburtstag Niemöllers, an die Bekennende Kirche in der Zeit des Faschismus erinnernd: „Warum muß der, der heute wieder und weiter sagt, was damals als wahr gemeinsam ausgesprochen wurde, schon wieder als Sonderling und Ruhestörer außerhalb der Reihe stehen? Warum?“

Im Herbst 1956 sprach sich Niemöller scharf gegen die imperialistische Aggression im Nahen Osten aus. Die Auseinandersetzungen mit seinen innerkirchlichen Gegnern und mit den Führungskreisen der damaligen Bonner Koalitionsparteien — insbesondere der CDU/CSU — spitzten sich zu, als er immer vernehmlicher gegen die NATO-Pläne zur Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen Stellung nahm. Bei den Ostermärschen und in der Bewegung „Kampf dem Atomtod!“

tat er an hervorragender Stelle mit. Im Februar 1958 erklärte er auf einer Versammlung in Hildesheim: „Mit Zähnen und Nägeln sollten wir uns gegen die Errichtung von Abschlußbasen für Atomraketen wehren!“ Bei einem Aufenthalt in der DDR wandte er sich im Juni des gleichen Jahres in einem Interview mit unserem „Thüringer Tageblatt“ gegen die atomare Aufrüstung in der BRD, bezeichnete die Behauptung, sie solle der „Abschreckung“ dienen, als Lüge und betonte: „Atomare Aufrüstung bedeutet Verleugnung aller Menschlichkeit, ja Verleugnung Gottes.“

Solche und andere mutige Äußerungen Niemöllers ließen seine Widersacher nicht ruhen. Im August 1958 betrieben sie die Einberufung der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zu einer Sondersitzung, um ihn „zur Rechenschaft zu ziehen“, weil er sich am „Tag von Hiroshima“ in Köln an einer Mahnwache beteiligt hatte. Im selben Monat wurde ihm die Kanzel der evangelisch-lutherischen Gemeinde Kreuth bei Tegernsee verweigert, weil er sich gegen die Befürworter der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gewandt habe. Gleiches widerfuhr ihm noch mehrfach in den folgenden Jahren: im November 1959, als er in der Lüneburger Johanniskirche vor evangelischen Studenten einen Vortrag „Christ und Krieg“ halten wollte, dann in Oberhausen und Bayreuth, wo er zum Thema „Christus oder die Atombombe?“ zu sprechen gedachte, und Ende 1964 in Westberlin, als er in der Kirche „Zum Heilsbrunnen“ eine Predigt zum 30. Jahrestag des nazistischen Verbots der Schülerbibelkreise halten wollte – Begründung: er würde „Ärgernis in der Gemeinde“ erregen!

Zu einem offenen Zusammenstoß mit der Bundesregierung kam es Anfang 1959. Im September des vorangegangenen Jahres hatte Niemöller bei einer Rede in Weinheim an der Bergstraße vor der Absicht gewarnt, die BRD zu einer Atommacht werden zu lassen, und seine Überzeugung bekräftigt, die Frage dürfe „heute nicht mehr lauten, wie man den Krieg gewinnen könne, sondern wie wir den Frieden gewinnen“. Im Januar 1959 hatte er in einem Vortrag vor der „Vereinigung für Völkerfrieden“ in Kassel unterstrichen, die Anleihe für die Mordkommandos der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg, die einer Erziehung zum Verbrechen gleichgekommen sei, wäre noch harmlos gegenüber der Ausbildung an Atomwaffen in der Bundeswehr. Daraufhin ließ das Bonner Verteidigungsministerium den Staatsanwalt strafrechtlich gegen Niemöller wegen „Beleidigung der Bundeswehr“ tätig werden. Das Bundeskabinett stellte sich demonstrativ vor die „alten Soldaten“, die Niemöller „beschimpft“ habe, und der

damalige Bundespräsident Theodor Heuß verunglimpfte Niemöllers Äußerungen sogar als „christlich eingekleidete Demagogie“. Das Bonner Verteidigungsministerium übrigens erlitt mit seinem Strafantrag schmachvoll Schiffbruch.

### *Gemeinsamkeit der Friedenskräfte*

1957 war Niemöller zum Präsidenten der Deutschen Friedensgesellschaft gewählt worden, der er bis zu seinem Lebensende – dann als Ehrenpräsident – verbunden blieb. Als Mitstreiter Albert Schweitzers begrüßte er dessen Osloer Appelle gegen die Massenvernichtungswaffen und setzte sich für die gleiche Sache ein. Seit 1960 arbeitete er aktiv in der Christlichen Friedenskonferenz mit. Als er Ende 1960 die DDR bereiste, erklärte er unserer „Neuen Zeit“ in einem Interview während seines Aufenthalts am Totensonntag in Cottbus und Forst, die Christliche Friedenskonferenz sei „eine höchst notwendige Ergänzung der Bestrebungen der Ökumene, der Welt den Frieden erhalten zu helfen“, und ein Zeichen dafür, daß die Kirchen in Ost und West zu erkennen beginnen, wie notwendig es ist, in größerem Rahmen nach Beiträgen der Kirchen zum Weltfrieden zu suchen. Auch der einzelne Christ könne und müsse an seinem Platz alles tun, um zur Beendigung des kalten Krieges beizutragen. Auch der Anwurf, die CFK sei „kommunistisch gesteuert“, konnte den hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten in seiner Parteinahme für deren Ziele nicht irremachen; denn der Friede galt ihm als höchstes Gut, das von Christen wie von Nichtchristen verteidigt werden muß.

Auf der I. Allchristlichen Friedensversammlung in Prag 1961, einberufen auf Initiative der CFK, bekannte er: „Wir als Christen kämpfen gegen Krieg und für den Frieden, weil an dieser Stelle unser Dienst heute am allerwichtigsten geworden ist, wenn nämlich die Selbstvernichtung des Menschengeschlechts vermieden werden soll.“ Und an anderer Stelle seiner Ansprache hieß es: „Frieden schaffen heißt mehr als nur den Krieg verhindern. Es heißt mit der Tatsache ernst machen, daß wir nur noch als Menschen miteinander, nur noch als Mitmenschen leben können, wenn das Dasein für alle nicht zur Qual und zur Hölle werden soll.“ Im Mai 1964 hielt er in Prag die Eröffnungspredigt in der II. Allchristlichen Friedensversammlung, und im Dezember 1964 äußerte er in einem Interview mit Radio DDR: „Ich lege großen Wert auf die Prager Christliche Friedenskonferenz und verspreche mir auch für künftige Jahre von deren Tätigkeit eine große

Unterstützung für das, was der Ökumenische Rat der Kirchen wirklich will.“

Für die Ökumene war und blieb Martin Niemöller der Repräsentant der verständigungsbereiten Kräfte im westdeutschen Protestantismus. Auf der Weltkirchenversammlung in Neu Delhi 1961 wurde er für sieben Jahre zu einem der sechs Präsidenten des ÖRK gewählt. Um sich seinen internationalen Verpflichtungen — auch im Hinblick auf die Sache des Friedens — voll widmen zu können, trat er Ende 1964 als Präsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zurück. Gerade in der Friedensarbeit verwirklichte er die Lehre, die er aus der faschistischen Vergangenheit gezogen hatte: daß es gilt, mit allen zusammenzuarbeiten, wenn es um den Frieden geht. 1962 und 1968 nahm er als Ehrengast an den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Helsinki und in Sofia teil. Stets werde ich mich an die Gespräche erinnern, die ich in Helsinki und an Bord der „Völkerfreundschaft“ mit ihm hatte, an sein konsequentes und überzeugendes Auftreten auch in seinen Gesprächen mit anderen.

*„Wer Koexistenz nicht will, ist unmenschlich“*

Damit von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen kann, hatte Niemöller seit Beginn der fünfziger Jahre das Bestreben gefördert, eine Verständigung zwischen den deutschen Staaten über Maßnahmen zur Sicherung des Friedens herbeizuführen. Nachdem ich ihm die Dokumente des Gesprächs zwischen dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR und der von unserem Ehrenmitglied Prof. D. Emil Fuchs geleiteten Delegation christlicher Bürger vom 9. Februar 1961 zugesandt hatte — eines Gesprächs, bei dem auch diese Fragen eine Rolle gespielt hatten —, antwortete er mir in seinem Dankschreiben: „Es wird noch vieler Arbeit und vielen guten Willens bedürfen, um auch innerhalb des deutschen Volkes in seiner heutigen politischen Lage zu einem echten Verstehen und zu einer wirklichen Verständigung zu kommen. Was ich dazu beitragen kann, werde ich weiterhin versuchen.“

Dabei hatte sich bei Niemöller im Laufe der Jahre die Erkenntnis gefestigt, daß die deutschen Angelegenheiten unlöslich in die internationale Entwicklung eingebettet waren und daß die Regelung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten den Erfordernissen des Weltfriedens und der europäischen Sicherheit entsprechen mußte. So bezeichnete er im Januar 1958 bei einem Gespräch mit einem Mit-

arbeiter unserer „Neuen Zeit“ während eines Kongresses von Widerstandskämpfern aus elf europäischen Ländern in Paris den Rapacki-Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa als „wertvolle Lösung für das Problem des Friedens“ und erklärte zur Haltung Adenauers auf der gleichzeitig stattfindenden Pariser NATO-Gipfelkonferenz: „Speziell bei dem gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Ost und West scheint die Wiedervereinigung unmöglich, solange die Frage der atomaren Abrüstung nicht durch ein internationales Abkommen geregelt ist.“ 1959 gehörte Niemöller zu den Initiatoren eines von 3000 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der BRD unterzeichneten Memorandums an die Genfer Außenministerkonferenz, das Fortschritte in den Verhandlungen über einen Friedensvertrag forderte.

Im Februar 1964 setzte er sich bei einer Versammlung in Düsseldorf für einen Nichtangriffspakt zwischen der BRD und der DDR mit dem Argument ein: „Wer Koexistenz nicht will, ist unmenschlich. Wohin das führt, haben wir im Dritten Reich gesehen.“ So war Niemöller auch ein Gegner der Bonner Hallsteindoktrin, mit der die BRD unserem Staat die Anerkennung verweigern wollte. Während einer Vortragsreise durch die DDR im November 1967 warnte er auf einem Empfang beim Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus die Bundesregierung vor der „Dummheit der Nichtanerkennung“ der DDR und vor der „hochmütigen Annahme, auf den anderen Staat mit Gewalt einwirken zu können“. Gerade die Eindrücke, die er bei seinen DDR-Besuchen gewonnen hatte, ließen ihm das in der BRD seinerzeit übliche Gerede von den „Brüdern und Schwestern“ in unserer Republik unglaublich erscheinen; im Neujahrsartikel der „Stimme der Gemeinde“ 1967 schrieb er: „Niemand kann noch glauben, daß die Industriebevölkerung Sachsens sich mit einer privatwirtschaftlichen Restauration oder die Landbevölkerung des alten Preußens mit der Wiedereinführung von Rittergütern zufriedengeben würden.“

Aus christlicher Verantwortung widersprach Niemöller jeder Politik der Stärke. Klare Einsicht in das internationale Kräfteverhältnis und in den wahrhaft lebensgefährlichen Charakter einer militärischen Auseinandersetzung mit Atomwaffen ließ ihn zum leidenschaftlichen Fürsprecher für einen Kurs auf militärische und politische Entspannung werden. Im Juni 1964 faßte er auf einer Kundgebung zur „Europawoche für Verständigung“ in Duisburg seine Zielvorstellung in die knappen Sätze: „Statt kalten Krieges ist Verständigung nötig. Statt Atomwaffen und multilateraler atomarer Aufrüstung brauchen wir Abrüstung.“ Im darauffolgenden Monat unter-

strich er in seiner Ansprache zum Abschluß der Konferenz „Frieden – unsere dringendste Aufgabe“ in der schwedischen Universitätsstadt Uppsala: „Krieg ist nicht länger die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln – Krieg ist das Ende der Politik.“ Aufgabe der Politiker sei es heute, Möglichkeiten und Mittel für die friedliche Koexistenz zu finden. Die Konsequenzen, die daraus für die BRD zu ziehen waren, umriß er im Oktober 1964 in seiner Rede bei einer Frauendemonstration in Bonn: „Es liegt in unserem dringendsten Interesse, daß wir in der Bundesrepublik keine Atomwaffen haben, daß keine Rampen auf westdeutschem Boden stationiert werden.“ Eine Regierung, die eine so gefährliche Atomrüstung zulasse oder sogar wünsche, übe Landesverrat.

Fast zwangsläufig mußte Niemöller mit einer solchen Haltung wiederum in Kollision mit der Bonner Hochrüstungspolitik geraten. Der nächste Skandal um ihn war gleichsam vorprogrammiert, als er an der Jahreswende 1964/65 in der „Stimme der Gemeinde“ schrieb: „Den Ausbruch eines Krieges unter allen Umständen zu vermeiden ist für alle Politiker, insbesondere der BRD, das unleugbar wichtigste und erste Erfordernis.“ Die Bonner Regierung müsse deshalb endlich anfangen, eine „glaubhafte und ehrliche Friedenspolitik zu treiben“. Den besonderen Ärger maßgeblicher BRD-Politiker zog er dadurch auf sich, daß er in diesem Artikel den Absichten, 20 Jahre nach Kriegsende die Strafverfolgung von faschistischen Massenmördern in der BRD auszusetzen, mit dem Hinweis darauf entgegentrat, „daß eine Anerkennung der Verjährung von Naziverbrechen das Mißtrauen in die bundesdeutsche Außenpolitik nur noch vertiefen kann“. Daraufhin setzte ein neues monatelanges Kesseltreiben gegen Niemöller in weiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit ein.

#### *„Zur Hitlerzeit verfolgt – heute wieder bedroht“*

Das war um die gleiche Zeit, als die Bonner Regierung ihre Notstandsgesetzgebung vorbereitete. Auch darauf reagierte Niemöller als konsequenter Antifaschist und Demokrat außerordentlich heftig. Die in diesen Gesetzen vorgesehene polizeiliche Festnahme ohne richterlichen Haftbefehl erinnere an das, „was Adolf Hitler von 1933 bis 1945 mit den Konzentrationslagern vorexerzierte“, warnte er im Mai 1964 auf einer Veranstaltung in Frankfurt (Main), und zwei Jahre darauf, Ende Mai 1966, äußerte er in einem DDR-Rundfunkinterview bei einem Aufenthalt in Görlitz, jene Gesetzgebung entspräche nicht dem Geiste Christi.

Die faschistische Vergangenheit sah Niemöller in vielen Zügen des öffentlichen Lebens in der BRD wieder lebendig werden. Das erlebte er auch am eigenen Beispiel – so etwa, als in seiner Geburtsstadt Lippstadt die Niemöller-Straße durch mehrheitlichen Ratsbeschluß ostentativ wieder in „Poststraße“ umbenannt wurde. Auf dem Kongreß der VVN in der BRD 1967 klagte er den Trend an, der sich in solchen und vielen ähnlichen Vorkommnissen abzeichnete: „Manch einer, der zur Hitlerzeit verfolgt wurde, sieht sich heute schon wieder bedroht und als Staatsbürger zweiter Klasse beargwöhnt.“

Mit um so größerer Aufmerksamkeit verfolgte Martin Niemöller, was unsere Partei dafür tut, das Andenken an den antifaschistischen Widerstand christlicher Persönlichkeiten lebendig zu halten. Als ich ihm den 1955 im Union Verlag erschienenen Sammelband „Christlicher Widerstand gegen den Faschismus“ übersandt hatte, schrieb er mir am 23. März 1956: „Nachdem ich in der vergangenen Woche des öfteren hineingeschaut und gestern gründlicher darin gelesen habe, möchte ich Ihnen für das Büchlein sehr herzlich danken. Ich freue mich, daß die Union diese Veröffentlichung herausgebracht hat, und wünsche ihr weite Verbreitung.“

Am 2. Juli 1979 veranstaltete das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU gemeinsam mit namhaften Vertretern der Russischen Orthodoxen Kirche, der Tschechoslowakischen Volkspartei und der polnischen PAX-Vereinigung eine Tagung zum Gedenken an christliche Antifaschisten, die dem Naziregime die Stirn geboten hatten, so an Pfarrer Paul Schneider, Pater Max Josef Metzger und unseren Freund Pastor D. Paul Braune; diese drei Männer hatten wir von einem unserer bildenden Künstler auf Holzschnitten darstellen lassen, die wir aus Anlaß der Veranstaltung zu einer Mappe zusammenstellten. Nachdem ich sie Pastor Niemöller zugeschickt hatte, antwortete er mir am 2. November 1979 unter Bezugnahme auf unsere Tagung: „Über die schönen – und guten! – Holzschnitte von Schneider, Metzger und Braune, von denen ich persönlich nur den letzten gekannt habe, habe ich mich gefreut und werde mich hoffentlich noch oft daran freuen. Ihre guten Wünsche – das wissen Sie ja – erwidere ich von Herzen!“

#### *Gesellschaftliche Verantwortung des Christen*

Niemöller hat aus seiner Erkenntnis, daß Christen dem Frieden zu dienen haben, nie ein pazifistisches Programm gemacht. In seinen „Reden 1958–1961“, die um die Jahreswende

1961/62 der Stimme-Verlag in der BRD herausbrachte, lesen wir: „Allerdings, heute genügt es nicht mehr, wenn jemand den Wehrdienst verweigert... Was wir brauchen, ... das ist Friedensdienst.“ Damit ging Niemöller wesentlich über herkömmliche Vorstellungen bürgerlich-pazifistischer Friedensfreunde hinaus: Friedensdienst mußte sich nach seiner Meinung vorrangig darauf richten, Kriege von ihren Wurzeln her unmöglich zu machen. Erstes Ziel mußten dabei nach seiner Ansicht wirksame Schritte zur Abrüstung sein, beginnend bei den Atomwaffen. Aber als politischer Realist, der er war, erkannte er auch: „Die Abrüstung ist nicht der Weltfriede“, wie er in der gleichen Rede sagte. Die Auseinandersetzung zwischen Ost und West werde weitergehen, „nur, daß der Kampf nicht mehr mit Gewalt ausgefochten werden kann. Er konnte es übrigens nie; denn der Kommunismus kann überhaupt nicht mit Gewalt überwunden werden. Er ist ja eine geistige Macht...“

Das Verantwortungsfeld des Christen zerfiel nach Niemöllers fester Überzeugung nicht in einen „religiösen“ und einen „weltlichen“ Bereich – geistliche und gesellschaftliche Aufgaben galten ihm als unteilbar. Diese Position begründete er im Juli 1964 eindrucksvoll in einer Veranstaltung der Kirchlichen Bruderschaft Sachsens vor etwa 200 Pfarrern und Laienchristen in Dresden: Es sei Aufgabe jedes echten Christen, für den Frieden tätig zu sein. Der Christ habe eine öffentliche Verantwortung zu tragen, da er nicht nur Glied seiner Kirche, sondern zugleich Glied der Gesellschaft sei. „Es gibt keine zwei Leben – ein Leben in der Gesellschaft und ein Leben als Christ.“ Die Kirche sei kein Selbstzweck und dürfe sich nicht in ein Ghetto zurückziehen. „Sie darf aber auch auf keinen Fall einen klerikalen Anspruch erheben.“ Das Eintreten für Frieden und friedliche Koexistenz sei Christenpflicht, „und ich bin sicher, daß wir mit einem Dienst für den Frieden etwas tun, was Jesus Christus will“.

Deutlich grenzte sich Niemöller also von beiden Gefahren ab, denen sich Christen und Kirchen in gesellschaftlicher Hinsicht gegenübersehen: sowohl von der Tendenz zur Weltflucht als auch von den Versuchungen des politischen Klerikalismus, der in den fünfziger und sechziger Jahren gerade in der BRD um sich zu greifen drohte. Auch das war für Niemöller eine Lehre, die aus der Geschichte gezogen werden mußte. Im Februar 1964 machte er auf einer Tagung der Evangelischen Akademie in Berlin-Weißensee über „Politisches Engagement in der Nachfolge Christi“ auf den Umstand aufmerksam, daß die Kirche durch das konstantinische Bündnis von Thron und Altar „Geschmack am Herrschen“ gefunden habe. „Die Kir-

che steht aber immer auf der falschen Front, wo sie mit Machtmitteln Einfluß zu gewinnen sucht“, fuhr er fort. In der Politik könne es kein „christliches Programm“ geben; aber die Christen „können an Programmen mitarbeiten, die den Menschen dienen“. Deswegen war er auch mißtrauisch gegenüber Versuchen, christliche „Besonderheiten“ in der Arbeit für den Frieden hervorzukehren. In einer Friedensrede, die sich in dem bereits zitierten Sammelband des Stimme-Verlages findet, sagte er: „Ich habe mit bewußter Absicht bislang kein christliches Wort gesagt, weil es auch uns Christen zuallererst not tut, in der Friedensfrage die allgemeine Solidarität zu erkennen und zu bejahen...“

#### *Gerechte soziale Verhältnisse sind notwendig*

Den Frieden sichern – diesen Auftrag betrachtete Niemöller als Aufgabe von absoluter Priorität. Gleichzeitig wußte er durchaus um den Zusammenhang zwischen der Friedensfrage und den anderen globalen Problemen, die heute vor den Völkern stehen. Die Zusammengehörigkeit dieser Grundfragen gegenwärtiger und künftiger Menschheitsentwicklung arbeitete er im November 1960 in einem Vortrag „Friede als Aufgabe“ in der Aula der Greifswalder Universität heraus. Krieg bedeute heute das absolute Ende der Politik, während der Friede dringlichste Aufgabe der Politik geworden sei, führte er dort aus. Die größte Gefahr liege heutzutage in einem nutzlosen Wettrüsten, aus dem durch technisches oder menschliches Versagen die Katastrophe hervorwachsen könne. Hinzu komme der kalte Krieg, der die Atmosphäre vergifte. Ganz im Sinne Albert Schweitzers sei die Ehrfurcht vor dem Leben eine fundamentale Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Es müsse persönliche Aufgabe eines jeden sein, im Kampf gegen den Atomtod seinen Mann zu stehen, aber auch dem Hungertod Einhalt zu gebieten, der täglich noch immer hunderttausend Opfer fordere. Hier habe das sozialistische Lager durch verantwortungsvolle Wirtschaftsplanung schon Abhilfe geschaffen.

Überhaupt analysierte Niemöller seit den sechziger Jahren mit steigender innerer Anteilnahme das Ringen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas um nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung – Themen, die auch im Mittelpunkt der vom Ökumenischen Rat der Kirchen im Juli 1966 veranstalteten Konferenz über „Kirche und Gesellschaft“ in Genf standen. Wie stark Niemöller von ihr beeindruckt war, geht aus einem Brief hervor, den er mir am 15. Januar 1968

– einen Tag nach seinem 76. Geburtstag – schrieb und in dem es heißt: „Mein Interesse gilt seit Sommer 1966 ganz und gar den Dingen, die bei der Weltkonferenz Kirche und Gesellschaft ans Tageslicht gekommen sind. Das alles ist zweifellos wichtiger und entscheidender als alles, was in der Tagespresse den Menschen von heute vorgesetzt wird. Wenn wir nur endlich anfangen wollten, an das Morgen unserer Kinder zu denken! Da würde viel von den heutigen Streitereien und Zänkereien als lächerlich zu den Akten geschrieben werden!“

Was er damit im einzelnen meinte, wurde bei einem Aufenthalt Niemöllers in Dresden nach der Genfer Weltkonferenz deutlich, als er einen Gemeindevortrag in der Friedenskirche von Radebeul hielt. Dort forderte er, Hunger und Elend in der Welt müßten durch gerechte soziale Verhältnisse beseitigt werden, durch eine weltweite Planwirtschaft. Dies schließe eine kapitalistische Wirtschaftsform aus; die Zukunft gehöre auf alle Fälle einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. Bereits im November 1960 hatte er vor Rostocker Studenten in einer Vorlesung „Kirche und Gesellschaft an der Schwelle einer neuen Zeit“ erklärt, Christen und Kommunisten müßten sich einig werden über den Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung; denn die Menschheit stehe am Anfang einer neuen Zeit.

#### *„Der Feind steht rechts“*

All solche Äußerungen Niemöllers bezeugen, welche große Hoffnungen er auf den Sozialismus setzte. In ihm erblickte er die Gesellschaftsordnung der Zukunft. Natürlich war er weit davon entfernt, sich geistig mit dem Marxismus-Leninismus zu identifizieren; aber er wußte, daß gemeinsame Anstrengungen von Marxisten und Christen, gemeinsamer Kampf aller fortschrittlichen Kräfte notwendig sind, um die Daseinsprobleme der Menschheit am Ausgang des 20. Jahrhunderts zu lösen. Deshalb war er auch wachsam gegenüber allen Versuchen der Reaktion, mit antikommunistischer Propaganda die Einheit der progressiven Kräfte zu untergraben. Dem Kommunisten Hans Fladung, der in der BRD lange Jahre an der Spitze des Kulturbundes stand, schrieb er im Februar 1964: „Es ist wirklich höchste Zeit, daß wir uns von dem alten und uns schon einmal in die Irre geführt habenden Irrtum befreien, daß der Feind ‚links‘ stehen könne. Der Feind allen Fortschritts und jeglicher Menschlichkeit hat immer ‚rechts‘ gestanden, und ich will Gott danken, wenn diese

Einsicht in unseren Tagen doch noch zur rechten Zeit Boden gewinnt.“

In der Friedensbewegung ebenso wie als langjähriger Ehrenpräsident der VVN in der BRD stand Niemöller bewußt in der Zusammenarbeit mit Kommunisten. Gerade diese Gemeinsamkeit im Kampf um gemeinsame Ziele lehrte ihn, die sehr handgreiflichen Hintergründe der antikommunistischen Stimmungsmache zu durchschauen. 1969 äußerte er in einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“: „Seit 1917, seit der Revolution in Rußland, lebt der Mammon in der Angst vor dem praktizierten Kommunismus. Vorher stand der Kommunismus nur auf dem Papier. Aber seitdem kultivieren die Hinterleute der großen Politik die Angst.“ Die Erkenntnis, daß im Profitstreben des Kapitalismus eine der entscheidenden Ursachen für die Bedrohung des Friedens zu suchen ist, ließ ihn immer mehr zum Kritiker der bürgerlichen Gesellschaftsordnung werden. Auf dem ersten Krefelder Treffen 1980 hob er hervor: „Das größte Interesse daran, daß weiter gerüstet wird, hat das Kapital. Denn an der Rüstung läßt sich immer noch am besten verdienen.“ Die Kirchen stellte er vor die Frage, ob nicht die Kritik am Mammonismus das prophetische Wort in der Gegenwart sein müsse.

In der Arbeit für den Frieden und für die Neugestaltung der Gesellschaft kannte Niemöller keinerlei „Berührung Angst“. Das zeigte sich auch darin, daß er bei Besuchen in der DDR stets dem Gespräch mit Repräsentanten unseres Staates aufgeschlossen war. Diese Begegnungen bezeugten immer wieder, in welchem hohem Maße die beiderseitigen Grundpositionen übereinstimmten. So bezeichnete Niemöller im November 1960 bei einem Treffen mit dem damaligen Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, Werner Felfe, das Ringen um die Erhaltung des Frieden als wichtigste Aufgabe, die gegenwärtig vor der Menschheit steht, und wandte sich entschieden gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Differenzen mit Kriegen beseitigen zu wollen komme der Vernichtung der Menschheit gleich. Deshalb sei die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung notwendig. Das treffe auch für die „deutsche Frage“ zu: man müsse die reale Lage beachten, die sich in Form von zwei selbständigen deutschen Staaten ausdrückt. „Natürlich haben Christen und Atheisten verschiedene Anschauungen; aber die Differenzen müssen mit geistigen Waffen ausgetragen werden“, betonte Niemöller. Dazu bedürfe es des Friedens. Werner Felfe – heute Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED – wies in dem Gespräch darauf hin, daß dieses Ziel ein Grundsatz der Politik der

DDR ist, und gab seiner Freude über den Meinungs austausch Ausdruck.

Niemöllers Wirken ist ein Beispiel dafür, wie vereinte Aktivität für den Frieden auch konfessionelle Grenzen in gesellschaftlicher Hinsicht zu überwinden vermag. Ein herzliches Verhältnis verband ihn beispielsweise mit dem Präsidenten der VVN – Bund der Antifaschisten in der BRD, dem katholischen Widerstandskämpfer Dr. Josef Cornelius Rossaint, von dem er zu seinem 85. Geburtstag die Medaille für hervorragende Verdienste im Widerstandskampf erhielt. Auch in der katholischen Weltkirche genoß er wegen seiner wahrhaft ökumenischen Haltung Ansehen und Respekt. Papst Paul VI. empfing ihn im Oktober 1963 in Privataudienz während der Verhandlungen des II. Vatikanischen Konzils, denen Niemöller damals – eingeladen vom vatikanischen Sekretariat für die Einheit der Christen – zeitweise als Gast beiwohnte.

Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre stand Niemöller in den Reihen der weltweiten Protestbewegung gegen den barbarischen Krieg, den der USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk führte. 1967 besuchte er die Demokratische Republik Vietnam und hatte ein langes Gespräch mit dem Präsidenten Ho Chi Minh. Tief beeindruckte ihn der Kampfeswille der DRV-Bevölkerung; gerade an diesem Beispiel wurde ihm die Notwendigkeit bewaffneten Ringens um Freiheit und Unabhängigkeit eines Volkes besonders deutlich. Davon berichtete er vor der Öffentlichkeit auch nach seiner Rückkehr in die BRD. Daß diese Reise zum Gegenstand von Ermittlungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz wurde, focht ihn wenig an – hatte ihn doch schon Anfang der sechziger Jahre der Adenauer-Staatssekretär Globke, der während der Nazizeit die berüchtigten Nürnberger Rassengesetze verworfen und amtlich kommentiert hatte, auf die schwarzen Listen des Bundesnachrichtendienstes setzen lassen.

#### *Von allen fortschrittlichen Kräften geachtet*

Als „Prediger einer realistischen Friedenspolitik“ – so nannte ihn der Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honacker, in seinem Glückwunsch zum 90. Geburtstag – erwarb sich Martin Niemöller die Hochachtung auch weltanschaulich andersorientierter Friedenskräfte. 1967 wurde ihm in Moskau der Internationale Lenin-Friedenspreis verliehen, während ihm aus gleichem Anlaß – seinem 75. Geburtstag – in der BRD eine Delegation des Weltfriedensrates, geleitet

von dessen damaligem Generalsekretär Romesh Chandra, die Joliot-Curie-Friedensmedaille überreichte. 1969 wurde er in das Präsidium des Weltfriedensrates berufen und 1974 dessen Ehrenpräsident. Im November 1970 zeichnete ihn der Botschafter der UdSSR in der BRD mit der zum 100. Geburtstag Lenins gestifteten Jubiläumsmedaille aus.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre stand Niemöller in vorderster Front des Kampfes gegen die Neutronenbombe. Seit 1977 an führender Stelle im Büro des BRD-Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit tätig, nahm er auf dessen erster internationaler Pressekonferenz in Bonn Stellung zu der Behauptung, diese Bewegung sei „kommunistisch unterwandert“. Er selber stehe „meilenweit vom Kommunismus entfernt“, er sei dort, wo Jesus steht. Doch die Frage stelle sich doch so: „Wie können wir den Frieden sichern?“ Diese Frage gehe alle an und könne nicht nur von einer Partei in Anspruch genommen werden. Menschen verschiedenster Weltanschauung sollten daran mitwirken. „Natürlich spreche ich mit jedem Kommunisten, natürlich spreche ich mit einem CDU-Mitglied, wenn es sich dazu herabläßt“, denn unser Leben hänge davon ab, daß der Frieden erhalten bleibt. „Wir müssen als Friedensfreunde gegen die Abspaltung der Friedenskräfte auftreten. Wer hat ein Interesse daran, das Zusammengehen der unterschiedlichen Gruppen und Personen zu verhindern und Spaltungstendenzen in die Bewegung einzutragen? Es sind die, die die gesamte Spannungspolitik verhindern oder rückgängig machen möchten, die gegen die Beendigung des Wettrüstens sind. Es ist ihr Ziel, die alten Vorurteile, die noch bestehen, zu mißbrauchen.“

Niemöller war auch Vorkämpfer der Bewegung „Christen für die Abrüstung“ in der BRD. Entschieden verurteilte er den verhängnisvollen Beschluß der NATO, in Westeuropa neue USA-Erstschlagsraketen zu stationieren. Persönlich beteiligte er sich im Dezember 1979 – fast achtundachtzigjährig – an der Brüsseler Protestdemonstration während der NATO-Ratstagung, in der dieser Beschluß verabschiedet wurde. 1980 gehörte er zu den Initiatoren des Krefelder Appells, der für die Friedensbewegung in der BRD zur Plattform des Kampfes gegen die Aufstellung der amerikanischen Mittelstrecken-Atomraketen wurde. Noch im Jahr vor seinem Tode hat er dieser Bewegung durch seine Mitarbeit neue Impulse gegeben.

Lange Jahre hindurch wirkte Martin Niemöller freundschaftlich mit dem Friedensrat der DDR zusammen. Dieser ehrte ihn zum 80. Geburtstag mit der Friedensmedaille der DDR, zum 85. Geburtstag mit der Deutschen Friedensmedaille in Gold, zum 90. Geburtstag mit der Carl-von-Ossietzky-Me-

daille. Zum 88. Geburtstag verlieh ihm der Vorsitzende des Staatsrates der DDR den Orden „Großer Stern der Völkerfreundschaft“. Unsere Partei zeichnete ihn 1972 mit dem Otto-Nuschke-Ehrenzeichen in Gold aus. An unserer Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“ in Burgscheidungen ehren wir ihn seit 1957 mit einer Bronzebüste – einem Zweitguß der Porträtplastik, die der bekannte Bildhauer D. Wilhelm Groß (Eden bei Oranienburg) 1946 geschaffen hat und die wir Niemöller zu seinem 65. Geburtstag schenkten. Im Union Verlag erschien in der Reihe „Christ in der Welt“ 1967 eine Biografie Niemöllers aus der Feder von Carl Ordnung, und 1981 gaben hier dieser und Walter Feurich eine Auswahl von Reden, Predigten und Aufsätzen 1937 bis 1980 unter dem kennzeichnenden Titel „Was würde Jesus dazu sagen?“ heraus.

### *Bis ins hohe Alter an vorderster Stelle*

Persönliches Leid ist ihm auch in den letzten Jahrzehnten seines Lebens nicht erspart geblieben. Seine Frau Else geb. Bremer, treue Gefährtin in mehr als vierzig Jahren, wurde ihm im August 1961 durch einen Autounfall entrissen, den er in Dänemark erlitt. Doch er freute sich des Zusammenseins mit seinen sieben Kindern, seinen Enkeln und Urenkeln. Mit seiner Gesundheit war es nicht immer zum besten bestellt; aber er behielt seinen Lebensmut, zumal er wußte, daß er gebraucht wurde. Am 29. Januar 1969 – er hatte gerade eine gesundheitliche Krise durchzustehen – beantwortete er meine Neujahrs- und Geburtstagswünsche handschriftlich auf einer Karte, auf der er die Hoffnung ausdrückte: „Vielleicht nehmen meine Kräfte doch noch wieder so weit zu, daß ich meine alte, liebe Tätigkeit im Geist der Verständigung und des Friedens wieder mit Nachdruck ausüben kann.“

Auch durch die politische Unbill, die ihm seine Gegner immer wieder antaten, ließ er sich nicht beirren. Eines der letzten Beispiele solcher Niedertracht mußte er noch knapp einhalb Jahre vor seinem Tode erleben, nämlich im Oktober 1982, als ihm der Rat von Lotte (Westfalen) mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP die Ehrenbürgerschaft verweigerte. Den Antrag, ihn damit auszuzeichnen, hatten Bürger der Stadt damit begründet, daß sein Wirken „viele Menschen ermutigt, sich zu engagieren und den Frieden als das Wichtigste zu betrachten“. Bei der Ablehnung wurde ausdrücklich auch auf sein konsequentes Eintreten für Völkerverständigung, gegen Krieg verwiesen!

In diesem Kampf stand Martin Niemöller bis in sein hohes Alter hinein. Seinen Lebensgang, reich an wechselvollen Ereignissen und innerer Wandlung, hat er selber einmal mit den Worten kommentiert: „Daß ich meine Überzeugung in meinem Leben geändert habe, ich glaube nicht aus Charakterlosigkeit, sondern weil ich was dazugelernt habe – dessen schäme ich mich nicht.“ Doch wenn man ihn fragte, ob er nicht seine Memoiren schreiben wolle, sagte er, ihn interessiere die Zukunft mehr als die Vergangenheit, und er wolle alles in seinen Kräften Stehende tun, damit diese Zukunft eine friedliche sei.

Was mich an Pfarrer Martin Niemöller bei unseren Begegnungen immer am stärksten beeindruckt hat, war neben seiner menschlichen Geradlinigkeit und seiner christlichen Überzeugungstreue vor allem auch seine persönliche Bescheidenheit. Viel Wärme und Herzlichkeit ging von ihm aus; man glaubte, ihn schon immer gekannt zu haben, und konnte sofort Vertrauen zu ihm fassen. Bei all seiner weitreichenden internationalen Autorität, die seit den Zeiten des antifaschistischen Widerstandes von Jahr zu Jahr gewachsen war, blieb er im Grunde immer der schlichte Pastor, der jedem Ruhm und jedem Prunk abhold war. Stets trat bei ihm die Person hinter der Sache zurück. Diese Sache war für ihn die Sache Jesu Christi, und sie galt ihm als gleichbedeutend mit der Sache des Friedens. Ihr hat er bis an das Ende seines Lebens treu gedient.

### *Seinem Vermächtnis verpflichtet*

Uns bleibt die Aufgabe, an unserem Platz und mit unseren Mitteln dafür zu wirken, daß sein Vermächtnis erfüllt wird. Das heißt für uns heute in erster Linie, mit ganzer Kraft dafür einzustehen, daß der Menschheit eine atomare Katastrophe erspart bleibt, und in der Arbeit für dieses Ziel unbeirrbar mit allen anderen Kräften des Friedens zusammenzugehen. Dabei lassen wir uns von Anliegen leiten, die auch die seinen waren. In seinem Sinn setzen wir uns dafür ein, daß ein atomarer Erstschatz verhindert, daß auf militärische Gewalt verzichtet, daß die Atomrüstungen eingefroren und die chemischen Waffen beseitigt werden, daß unser Kontinent schrittweise frei von Atomwaffen wird, daß die Staaten ihre Militärausgaben senken und die dadurch frei werdenden Mittel verwendet werden, um dringende Entwicklungsprobleme der Völker zu lösen.

Diese Ziele stimmen mit den Vorschlägen überein, die von

der Sowjetunion, von unserer Republik und anderen sozialistischen Staaten in Stockholm und in Genf unterbreitet worden sind und die von den Friedenskräften in aller Welt unterstützt werden. Solche konstruktiven und realistischen Schritte zur Abrüstung, wie sie mit diesen Initiativen vorgezeichnet werden, kommen auch den Vorstellungen und Forderungen entgegen, die in kirchlichen Kreisen unserer Republik und anderer Länder – bis in die ökumenischen Leitungsgremien hinein – als wünschenswert und vordringlich im Gespräch sind. Das Verlangen nach Rüstungsstopp und Rüstungsabbau besaß in der Gestalt von Martin Niemöller einen überzeugenden und weltweit anerkannten Fürsprecher. Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik werden das Unsere dazu beitragen, daß sein Erbe angetreten und das jahrzehntelange Ziel seiner Lebensarbeit verwirklicht wird.

Im Rückblick auf seinen Weg durch unser Jahrhundert hat Martin Niemöller selber davon gesprochen, daß „der wesentliche Teil meines Lebens der Dienst für den Frieden, mein Einsatz für eine friedliche Welt gewesen ist“. Nach seinem Besuch bei Albert Schweitzer 1965 in Lambaréné bezeichnete er die Atomwaffen als „Verleugnung der Ehrfurcht vor dem Leben“. Damit nannte er die Hauptgefahr beim Namen, von der heute die Existenz unserer Welt und die Zukunft der Völker bedroht werden. Als Christ wußte er sich in seinem Glauben und seinem Gewissen durch diese Gefahr herausgefordert und zum Kampf für den Frieden, für Leben und Glück der Völker verpflichtet. Darin wollen wir es unserem dahingegangenen Freund Pastor Martin Niemöller gleichen. So werden wir dem Vorbild gerecht, das er uns gegeben, dem Auftrag, den er uns für Gegenwart und Zukunft hinterlassen hat.

**In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:**

- 215 Carl Ordnung, Christen in der Friedensbewegung – Zu Position und Aufgabe der Christlichen Friedenskonferenz (CFK)
- 216 Günter Wirth, Friedensprogramm gegen Kreuzzugspläne
- 217 Gerald Götting, Huldrych Zwingli – Zum 500. Geburtstag des Schweizer Reformators
- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftspolitischen Aspekten der Landeskultur

---

Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin

---